

„Es ist auch eine Sache des Timings“

Wie wirkt Sicherheitsforschung? Ein Gespräch mit Wissenswerk-Referent Dr. Markus Kaim

Hundert Jahre nach 1914: Sicherheitspolitik und Friedenssicherung im 21. Jahrhundert“, lautet der Titel eines Vortrags, den Dr. Markus Kaim am Montag, 10. November, im Rahmen der Wissenswerk-Reihe an der Hochschule Landshut halten wird. Kaim ist Leiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin und ist derzeit mit einer Gastprofessur für „German and European Studies“ in Toronto betraut. Das Wissenswerk ist eine Veranstaltungsreihe der Hochschule Landshut, der Hochschulgemeinde Landshut und des BMW Werks Landshut.

Herr Dr. Kaim, Ihr Vortrag bezieht sich auf 1914 und den Beginn des Ersten Weltkriegs. Damals war viel von Pulverfässern die Rede. Wo verorten Sie die heutigen Pulverfässer?

Dr. Markus Kaim: Da richtet sich unser Blick zunächst auf die nächste Nachbarschaft, wenn das vielleicht auch ein begrenzter Blick ist. Da gibt's natürlich eine Reihe von Instabilitäten, Krisen und Konflikten. Es seien nur die ganzen Transformationsprozesse in der arabischen Welt seit 2011 genannt – in Tunesien, Ägypten, Libyen bis hin zu Syrien. Ich denke an die ganze Problematik des arabisch-israelischen Konfliktes. Dann die fortschreitende IS-Problematik im Irak und in Syrien. Und zu guter Letzt – und damit haben wir nur das Binnen-Krisen-Panoptikum abgeschlossen – der ukrainisch-russische Konflikt, der uns während der letzten Monate und Wochen in Atem gehalten hat. Hinzu kommt, dass die alten Gewissheiten, wie man der Krisen Herr wird, auch in Frage gestellt sind. Ich denke da nur mal an die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen, die vor 20 Jahren noch die selbstverständliche Antwort deutscher Politik gewesen wären. Jetzt sehen wir eine Innenwende der USA unter Präsident Obama. Und wir sehen einen erheblichen Vertrauensverlust, Stichwort NSA.

War die Welt während des Kalten Krieges mit ihren, wie Sie es nannten, „alten Gewissheiten“, sicherer?
Naja. Nur weil der Kalte Krieg nicht heiß geworden ist, würde ich nicht sagen, dass diese Zeiten sicherer waren. Die Welt war aber klarer. Heute ist die Zahl der sicherheitspolitischen Herausforderungen größer geworden.

Auch, weil man es heute nicht mehr nur mit Staaten, sondern auch mit nicht-staatlichen internationalen Akteuren zu tun hat.
Absolut. Das ist der entscheidende Punkt. Während des Kalten Krieges gab es einen Konflikt, der die Struktur der internationalen Politik überwölbt hat: West gegen Ost.

Und jetzt?
Jetzt ist die Aufgabe der Sicher-

heitspolitik zwar nach wie vor die Bündnis- und Landesverteidigung. Gleichzeitig gibt es aber auch das Krisenmanagement in Mali, die Herausforderungen der Flüchtlingsströme nach Europa, den Umgang mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren wie IS, die eine quasi-staatliche Funktion wahrnehmen. Transnationale Herausforderungen dominieren heute die Sicherheitspolitik. Und zwar überall dort, wo nicht-staatliche Akteure das staatliche Gewaltmonopol an sich reißen. Das begegnet einem ja auch in einem ganz anderen Gewand. Wenn zum Beispiel der russische Präsident Putin den Schutz von Russen für sich einfordert – auch außerhalb des russischen Staatsgebiets. Da geht es dann auch um nichtstaatliche Akteure in transnationalen Beziehungen. Wir stellen fest, dass die eingeführten Institutionen euroatlantischer Sicherheitspolitik sehr stark auf zwischenstaatliche Konflikte ausgelegt sind. Ich denke zum Beispiel an die OSZE. Und hier ist eine der zentralen Aufgaben der nächsten Jahre.

Fehlt es da noch am Instrumentarium?

In der Tat. Man hat allein schon Probleme mit der Begrifflichkeit. Vor zehn Jahren haben wir beim Islamismus, Stichwort Al-Qaida, in Kategorien wie „Organisation“ oder „Netzwerk“ gesprochen. Heute gibt es individualisierte Terroristen, aber auch den IS, den Islamischen Staat, wo wir einerseits sagen, das ist kein Staat im analytischen Sinne, andererseits könnte man aber auch sagen, das ist ein Proto-Staat mit eigenem Territorium, eigenen Streitkräften, einer Quasi-Regierung und -Gerichtsbarkeit, innerer Sicherheit und eigenem Steuersystem – das nennen wir zwar nicht „Staat“ und es ist auch kein Staat, sondern ein Quasi-Staat. Das entzieht sich vollständig unseren üblichen Kategorien.

Wie kann man dem mit klassischen Mitteln der Politik begegnen?
Gar nicht. Es gibt ja da keine politische Agenda. Diplomatie und Verhandlungen? Worüber soll man mit dem IS sprechen? Deren Agenda ist nicht inklusiv, sondern exklusiv. Da wird man dann tatsächlich sagen müssen, auch wenn das in Deutschland schwer zu verstehen ist, da bleibt nur die militärische Lösung. Ob das wirklich zu einer Lösung des Problems führt, sei wiederum dahingestellt.

Vor diesem Hintergrund: Ist die Herstellung einer internationalen Ordnung ein realistisches Ziel von Sicherheitspolitik?

Es sollte zumindest das überwölbende Ziel von Sicherheitspolitik sein. Was vielleicht erklärt, warum ich mit Forderungen wenig anfangen kann, wonach deutsche Sicherheitspolitik deutsche Interessen verteidigen sollte. Unser Interesse ist die Existenz und Funktionsfähigkeit einer euroatlantischen Si-



Dr. Markus Kaim. Der gebürtige Neusser studierte Politikwissenschaft, Mittlere und Neuere Geschichte, Philosophie und Religionswissenschaft in Bonn.

cherheitsordnung. Das sind Institutionen, denen man gewisse Wertvorstellungen und Verhaltensordnungen zugrunde gelegt hat, um das Verhalten von Staaten zu regulieren. Das ist ja die große deutsche Lehre aus 1914 und 1939, wo wir eben eine eklatante Unterregulierung hatten. Und das ist auch der große Gewinn der Nachkriegszeit und ihrer Institutionen – trotz aller Defizite, die bleiben. Es gibt eine vorschnelle Parallelisierung von 1914 und 2014, bei der aber eine Schlüsselveränderung übersehen wird: dass die zwischenstaatlichen Beziehungen stärker institutionalisiert wurden. Das hat bis heute für fast 70 Jahre Stabilität und Frieden in Europa gesorgt. Leider weiß man das hierzulande kaum noch zu schätzen. Wir sind alle schnell dabei, wenn es darum geht, die Europäische Union zu kritisieren. Was sie leistet, sehen wir nicht. Genauso bei der OSZE. Wir sehen die NATO in der Krise – und blenden bei alledem aus, dass wir nur aufgrund der Regelwerke dieser Institutionen in Frieden und Stabilität leben können.

Man tritt Ihrer Stiftung gewiss nicht zu nahe, wenn man sie als Thinktank bezeichnet. In den USA haben Thinktanks einen bemerkenswerten Einfluss auf die amerikanische Politik. Wie sieht's da bei uns aus?

Mal so, mal so. Es ist auch eine Sache des Timings. Als wir unser Papier „Neue Macht, Neue Verant-

wortung“ zu Deutschlands Rolle in der internationalen Ordnung und in Europa veröffentlicht haben, da lag das Thema in der Luft. Das konnte man riechen. Dementsprechend kam das auch genau zum richtigen Zeitpunkt, wir haben das ja auch pünktlich zu den Koalitionsverhandlungen vorgelegt. Es gibt aber auch Papiere, die ich ganz hervorragend finde und die wenig Widerhall finden. Ich kann mich aber an Beispiele erinnern, wo wir unmittelbar Einfluss hatten. Man merkt das dann immer daran, dass Politiker plötzlich so reden wie wir. Da geht es dann um Begriffe und Gedanken, die ganz langsam in konkrete Politik einsickern.

Gibt es ein Beispiel für einen eingesickerten Begriff aus Ihrem Hause?

Der Begriff des „Modernisierungspakts“ mit Russland ist in unserem Hause entstanden. Das ist während der ersten Amtszeit von Steinmeier zusammen mit dem Auswärtigen Amt hier im Haus entwickelt worden. Ist leider gescheitert, hat aber nichts mit uns zu tun.

Interview: Dr. Alfons Hämmerl und Uli Karg

■ Info

Vortrag und anschließende Diskussion finden am Montag, 10. November, ab 19 Uhr an der Hochschule Landshut, ZH 012/013 statt.

„Wege zum Selbst“: Seligenthaler Gespräche

„Wege zum Selbst“ – so lautet das Motto der Seligenthaler Gespräche, die ab dem 6. November zum dritten Mal stattfinden. An drei Abenden werden sich verschiedene Referenten im Kloster Seligenthal dem Thema auf unterschiedlichen Wegen nähern.

Den Anfang macht am Donnerstag, 6. November, ab 19.30 Uhr Professor Dr. Dr. Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz zum Thema „Scheitern und Gelingen – der Weg von mir zu mir“. Gerl-Falkovitz war bis zu ihrer Emeritierung Professorin für Religionsphilosophie und vergleichende Religionswissenschaft an der Universität Dresden und leitet jetzt das Institut „EUPHRat“ (Europäisches Institut für Philosophie und Religion) an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Benedikt XVI. in der Zisterzienserabtei Heiligenkreuz bei Wien. Sie ist nicht zuletzt eine versierte Kennerin Romano Guardinis.

Ihr folgt am 18. November ab 19.30 Uhr Professor Dr. Dr. Erwin Möde von der Universität Eichstätt-Ingolstadt. Sein Thema lautet: „Betten als Weg zu mir selbst“. Der Landshuter Erwin Möde ist habilitierter (Fundamental-) Theologe und römisch-katholischer Priester der Diözese Regensburg. Den Abschluss der diesjährigen „Seligenthaler Gespräche“ macht am 2. Dezember ab 19.30 Uhr Professor Dr. Martin Thurner von der Ludwig-Maximilians-Universität München. In seinem Vortrag befasst er sich mit dem jüngst verstorbenen renommierten Theologen Eugen Biser.

Anmeldungen zu den Seligenthaler Gesprächen sind bei der Zisterzienserinnen-Abtei Seligenthal, Bismarckplatz 14, Telefon 8210, Fax 821 171, möglich.

Studienreise der VR-Bank nach Israel

Nachdem sich die politische Lage in Israel wieder normalisiert hat, startet die VR-Bank Landshut in den Faschingsferien (15. bis 22. Februar) zu einer einwöchigen Studienreise. Ein Land voller Extreme, zwischen biblischer Vergangenheit und moderner Gegenwart erwartet die Besucher. Vertraute und doch ferne Orte des Heiligen Landes wie die Geburtsgrötte in Bethlehem, der See Genezareth und die „Hohe Stadt“ Jerusalem mit dem Felsendom und Kreuzweg sind nicht nur für viele Christen ein besonderes Erlebnis, heißt es in der Ankündigung. Da die Reise in den Faschingsferien startet, ist sie auch für Kinder und Jugendliche ab etwa acht Jahren in Begleitung interessant. Die genaue Reisebeschreibung und Anmeldeunterlagen können unter Telefon 823237 angefordert werden.

Unfallflucht in der Niedermayerstraße

In der Nacht auf Mittwoch kam es in der Niedermayerstraße 80 auf dem dortigen Parkplatz zu einer Unfallflucht. Ein Unbekannter stieß mit seinem Fahrzeug gegen einen schwarzen Ford und beschädigte diesen am vorderen linken Kotflügel. Die Polizei beziffert den Schaden mit 600 Euro. Ein weiterer Vorfall ereignete sich am Mittwoch zwischen 9.30 und 11.15 Uhr in der Bachstraße in Achdorf. Bei dem betroffenen Fahrzeug handelt es sich um einen schwarzen 1-er BMW, der an der hinteren Stoßstange einen Schaden von 500 Euro aufwies. In beiden Fällen hielten es die Verantwortlichen nicht für erforderlich, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen. Sie entfernten sich unerlaubt von der Unfallstelle. Die Polizei bittet deshalb Zeugen der Vorfälle, sich mit der Dienststelle unter Telefon 92520 in Verbindung zu setzen.

Auf der langen Bank

SPD kritisiert späten Ausbau des Hauptbahnhofs

Im Rahmen einer Vorstandssitzung trafen sich die Mitglieder des SPD-Unterbezirksvorstandes am Hauptbahnhof, um sich über den Zustand des Bahnhofs zu informieren. Nachdem noch im August berichtet wurde, dass in diesem Jahr mit dem barrierefreien Ausbau begonnen werden sollte, wollte die Landtagsabgeordnete Ruth Müller nun den tatsächlichen Baubeginn geklärt haben. Sie informierte vor Ort die Mitglieder des Vorstands über das Ergebnis ihrer Anfrage, die allerdings für Ernüchterung sorgte, da ein Baubeginn frühes-

tens 2015 stattfinden werde, wie ihr Staatsminister Herrmann mitgeteilt hatte. „Wenn das Ziel ‚Bayern barrierefrei 2023‘ tatsächlich fristgerecht umgesetzt werden soll, müssen künftig die Maßnahmen schneller starten und nicht so lange im Ankündigungsmodus bleiben“, so Müller. Der Unterbezirksvorsitzende Herbert Lohmeyer und die Mitglieder des Vorstands zeigten sich maßlos enttäuscht über die Aussage der Staatsregierung. Die niederbayrische Regierungshauptstadt werde auch in diesem Punkt wieder benachteiligt.

Bereits im Jahr 2012 wurde durch die bayerische Staatsregierung der Bayernpakt 2013 bis 2018, der 60 Millionen Euro für einen weiteren barrierefreien Ausbau der Bahnhöfe zur Verfügung stellte, beschlossen. Bei diesem Ausbau sollen nicht nur Rampen und Aufzüge für ein barrierefreies Reisen sorgen, sondern auch die Bahnsteigkanten so angepasst werden, dass alle Fahrgäste auch mit Kinderwagen und Rollstühlen stufenlos in die Züge gelangen können, so der Pressesprecher des Unterbezirks, Frank Domakowski. Stadträtin Anja Kö-

nig betonte, dass im Jahr 2009 von Deutschland die UN-Behindertenkonvention unterschrieben wurde und man sich damit zur Umsetzung verpflichtet habe. Barrierefreiheit sei nur ein kleiner Schritt, der aber auch nach fünf Jahren immer noch in den Kinderschuhen stecke, wie lange würde es dann zur vollen Umsetzung der UN-Konvention dauern. Im Rahmen der Erarbeitung, eines Mobilitätskonzeptes im Raum Landshut durch den SPD-Unterbezirksvorstand würde auch der öffentliche Nahverkehr eine große Rolle spielen.